



November 2020
KuPoGe – Open Call für Essays #neueRelevanz

Sich nützlich machen für das gesellschaftliche Zusammenleben Neue Leitbilder für öffentlich getragene Kultureinrichtungen

Ein Essay von Birgit Mandel

Schmerzlich ist uns im zweiten Lockdown bewusst geworden, dass die Kultureinrichtungen nicht zu den systemrelevanten Organisationen gehören, sondern dem Freizeit- und Unterhaltungssektor subsumiert werden – und damit als temporär verzichtbar gelten.

Anders als in vielen anderen Ländern sorgt der Staat in Deutschland jedoch auch in der Pandemie für den Erhalt der Kulturlandschaft und das Überleben der Kunstschaffenden. Er zahlt Künstler*innen, Kulturschaffenden und ihren Organisationen einen finanziellen Ausgleich dafür, dass sie nicht arbeiten dürfen. Der »paternalistische Kulturstaat« kümmert sich auch in der Krise um die auskömmliche Finanzierung, wenngleich natürlich in sehr unterschiedlichem Maße je nach Sektor und institutioneller Zugehörigkeit, knüpft daran aber keine Forderungen und Ansprüche, sondern belässt die von ihm geförderten Kultureinrichtungen in ihrer *gesellschaftlichen Nische*.

Ohne diese Entscheidung überhöhen zu wollen, kann man sie zum Anlass nehmen, danach zu fragen, welchen Stellenwert und welchen wahrgenommenen Nutzen Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft haben.

Wie werden Kultureinrichtungen wahrgenommen in der Bevölkerung und welche Einstellungen gibt es zur öffentlichen Kulturförderung?

Repräsentative Bevölkerungsbefragungen zeigen immer wieder neu, dass nur eine kleine Gruppe der Bevölkerung von maximal 10 Prozent, größtenteils hoch gebildet und aus bestimmten sozialen Milieus, zu den regelmäßigen Nutzer*innen der außerhäusigen klassischen Kulturangebote gehören. Dies bestätigt auch eine Theater-Studie der Autorin (Mandel 2019): Nur wenige gehören zu den Viel-Besucher*innen von Theatern, über die Hälfte zu den Nicht-Besuchern. Nur ein Drittel der Bevölkerung ist an klassischen Kulturangeboten wie Theatern interessiert – überdurchschnittlich Frauen, ältere Menschen, formal hoch Gebildete und Großstadtbewohner*innen.

Zugleich gibt es aber hohe Zustimmung zur öffentlichen Förderung von Theatern in allen Bevölkerungsgruppen, auch bei vielen, die diese Orte selbst nie besuchen: Knapp 90 Prozent plädieren dafür, die öffentliche Förderung mindestens auf bisherigem Niveau fortzusetzen, wobei es die geringsten Zustimmungswerte bei den jüngeren Generationen

gibt. Als wichtigste Erwartungen an öffentliche Kultureinrichtungen wie Theatern werden Kulturelle Bildung vor allem für Kinder und Jugendliche und hohe Zugänglichkeit genannt. Wenige gehen hin, viele finden sie gut! Auch wenn die meisten sich persönlich nicht für den Besuch interessieren, werden Einrichtungen wie Theater offensichtlich als wichtig für die Gesellschaft erachtet.

Das ist eine gute Basis für Kultur in Deutschland, denn es zeigt die hohe Wertschätzung auch für klassische Kultureinrichtungen, weist aber zugleich darauf hin, dass diese Wertschätzung eher abstrakt und wenig auf eigenen Erfahrungen fußt.

Wie können die Potentiale des Kunst- und Kultursektor nicht nur stärker sichtbar werden in der Öffentlichkeit, sondern tatsächlich auch stärker genutzt werden als Ressource für das gesellschaftliche Zusammenleben?

Die Künste zu instrumentalisieren für »kunstferne« Zwecke ist in Deutschland ein »No Go« im Fachdiskurs. Um ihre Autonomie zu erhalten, wird notfalls auch ein Nischendasein in Kauf genommen. Das Paradigma der Zweckfreiheit der Künste, die diesen zweifelsohne inhärent ist und ihre spezifische Qualität ausmacht, wird oftmals ausgeweitet auf die Kultureinrichtungen. Diese sollen in einer Art Schonraum hohe Qualität gemäß fachspezifischer Standards produzieren, unabhängig von profanen Bedürfnissen potentieller Besucher*innen nach sozialem Austausch, Unterhaltung, Niedrigschwelligkeit, Anregung für aktuelle Fragen.

Wenn wir Kulturpolitik im Sinne des Mission Statements der KupoGe aber tatsächlich als Gesellschaftspolitik verstehen, dann betrifft sie alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Öffentlich geförderte Kultureinrichtungen hätten damit auch Verantwortung für sozialen Zusammenhalt, für kulturelle Bildungsprozesse, für Stadtentwicklung, für nachhaltiges Leben und Wirtschaften und vieles mehr.

Die Kulturlandschaft in Deutschland ist charakterisiert durch ihre einzigartig hohe Dichte an öffentlich geförderten Institutionen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern sind Kultureinrichtungen damit auch in der Pandemie unter staatlicher Obhut, und es kommt nicht zu einem massenhaften Sterben wie etwa der Theater in England. Gleichzeitig fordert die hohe, kontinuierliche Förderung unserer vielen Theater, Konzerthäuser und Museen dazu auf, diese offensiver in der Mitte der Gesellschaft zu positionieren. Denn auch wenn sie rein räumlich oft in der Mitte der Stadt liegen, so bleiben sie doch für viele ohne persönlichen Bezug.

Neue Leitbilder für Kultureinrichtungen

Für die Öffnung klassischer Kultureinrichtungen sind einige neue Narrative im Gespräch, die dazu beitragen können, die eigene Mission über die Produktion und Präsentation wertvoller Kunst und Kultur hinaus zu erweitern:

Kultureinrichtungen als »Dritte Orte« im Sinne von »Home Away from Home« (Oldenbourg) überzeugen mit der Idee, ein spielerischer und niedrigschwelliger Treffpunkt zu sein, das eigene Haus als guter Gastgeber zur Verfügung zu stellen.

Eng damit zusammenhängt das Verständnis als »Dritter Raum« (Bhaba) im Sinne von transkulturellem Austausch und Zusammenbringen von Menschen, die sich sonst nicht begegnen würden in einem hierarchiefreien Raum, der dazu einlädt, gemeinsam neue Ideen für das Zusammenleben zu entwickeln.

Darauf basiert auch die Idee des »Community Building« (Borwick) – als Kultureinrichtung zur Gemeinschaftsbildung beizutragen, Menschen unterschiedlicher Gruppierungen und sozialer Milieus zusammenzubringen.

Das Narrativ der »Kultureinrichtung als guter Nachbar« (Crane) schlägt zusätzlich vor, dass sich Kultureinrichtungen gemeinsam mit anderen Akteuren der Nachbarschaft einbringen und mitverantwortlich fühlen für aktuelle Aufgaben und Herausforderungen, weit über ihren »Kunstauftrag« hinaus.

Kultureinrichtungen werden damit weder zur Sozialarbeit noch zur Außenstelle von Schule, sondern sie nutzen ihre künstlerisch-ästhetischen und kulturellen Ressourcen für ein gelingendes Zusammenleben.

Alle vorgeschlagenen Leitbilder basieren auf vielfältigen Kooperationen, u.a. mit sozialen Einrichtungen, mit Stadtteilinitiativen, mit Betrieben, mit Sportvereinen, mit Jugendeinrichtungen, aber auch mit der »Freien Szene« und Amateurgruppen, die die Häuser mit nutzen könnten. Solche Erweiterungen der Mission im Sinne höherer Relevanz benötigen zudem strukturelle Veränderungen der Einrichtungen: das Aufbrechen traditioneller Hierarchien und tradiertter Abteilungen; Arbeiten in flexibleren Teams; proaktives Bemühen um ein diverseres Personal, um unterschiedliche Perspektiven zu integrieren und neue Netzwerke in andere Bevölkerungsgruppen hinein aufbauen zu können.

Der Reichtum der öffentlich geförderten Kulturlandschaft wird nur dann zu erhalten sein, wenn die großen Einrichtungen als »Anker-Orte« begriffen werden, die anderen Kulturinitiativen Raum und Stimme geben, die Kooperationen vielfältigster Art anregen, die sich verantwortlich fühlen nicht nur für ihren eigenen Sektor, sondern für das gesellschaftliche Zusammenleben in einer Stadt oder Region. Dass damit die künstlerisch-kulturelle Qualität beeinträchtigt würde, ist eine Ausrede, die nicht länger akzeptiert werden kann.

Kulturpolitik und Kulturverwaltung können und sollten diese Transformationsprozesse, die meiner Beobachtung nach bereits einen Großteil der klassischen Kultureinrichtungen beschäftigen, aktiv unterstützen: Indem sie Freiräume für das Erproben neuer Programme und Formate einschließlich der Umverteilung von Mitteln ermöglichen, bürokratische Hürden abbauen, indem sie Diskussionen darüber führen, worin die spezifischen lokalen Bedürfnisse bestehen, indem sie Führungskräfte auswählen, die für solche neuen Leitbilder stehen, und indem sie ihre Förderung an konkrete Zielvorgaben knüpfen, die zur Qualität des kulturellen Zusammenlebens eine möglichst breiten und diversen Bevölkerung beitragen.

Prof. Dr. Birgit Mandel, Hildesheim
Direktorin Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim